

Fürther Geschichtslegenden

Das Dokumentationszentrum für Ludwig Erhard
Siegfried Imholz

Nicht nur Sarah Wagenknecht (in *Freiheit statt Kapitalismus*) bemüht sich um das Erbe Ludwig Erhards: In seiner Geburtsstadt Fürth sind nach ihm Straßen, Museen, und Schulen benannt. Mit einer kunstgewerblichen Büste ist er in die Reihe der ehrenwerten Gesellschaft der Stadt aufgenommen worden. Mit der Entscheidung, in seinem Geburtshaus für 10 Mio. € ein Dokumentationszentrum einzurichten, erreicht die Geschichtsklitterung um Erhard ihren vorläufigen Gipfel.

Man rechne mit einer Eigenbeteiligung von etwa 500.000 €, so Oberbürgermeister Jung und das sei, klamme Stadtkasse hin oder her, geradezu ein Schnäppchen angesichts des „Imagegewinns“. Nach eigenen Worten schämt sich der Fürther Oberbürgermeister Jung für seine ehemaligen sozialdemokratischen Kollegen im Fürther Stadtrat. Die hatten Erhard aus guten Gründen zweimal die Ehrenbürgerschaft verweigert. Die neue SPD-Stadtratsfraktion und der Oberbürgermeister hingegen sind Mitglied im „Initiativkreis Ludwig Erhard Haus“. Gesponsert von Unternehmern und angeführt von der Hobby-Historikerin Kurz bemüht dieser sich seit Jahren ein Erhard-Bild zu vermitteln, das mit der historischen Wahrheit nur wenig zu tun hat.

Unkenntnis der Geschichte, die krampfhaftige Suche nach einer nebulösen „Fürther Identität“ sowie die Verdrängung unangenehmer Wahrheiten bilden einen Nährboden für geradezu groteske Geschichtslegenden. Man kann nur hoffen, dass man darüber in 30 Jahren den Kopf schütteln wird – und nicht, wie Jung in seiner Stellungnahme vom März 2013 dekretierte, über die Weigerung, bei diesem „Zentrum von nationaler Bedeutung“ (Jung) mitzumachen.¹

Der Erhard-Mythos - ein Gemisch aus Verdrängung, Verschweigen, Schutzbehauptungen und Halbwahrheiten²

Zu seinem 80. Geburtstag im Februar 1977 überraschte Erhard die Öffentlichkeit mit der Wiederentdeckung seiner verschollen geglaubten Denkschrift von 1943/44 mit dem Titel *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung*. Der Staatsrechtler und Historiker Theodor Eschenburg (SS-Mitgliedsnummer 156004) stellte sie als Dokument des Widerstands vor. Erhard habe es Carl Friedrich Goerdeler übergeben, bevor der nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verhaftet wurde und sich in große Gefahr gebracht. Erhard selbst legte noch eins drauf. Im Vorwort behauptet er, der Adressat sei in erster Linie Goerdeler gewesen. Schon in den 60er Jahren hatten Mitarbeiter Erhards verbreitet, dieser habe „engen Kontakt zu Goerdeler gehabt und dem Widerstand mit wirtschaftspolitischen Denkschriften zugearbeitet“.³

Goerdeler, der reaktionärste Kopf des 20. Juli 1944, war von 1934/35 Reichskommissar für Preisüberwachung, äußerte sich 1936 anerkennend über Erhards Unterstützung für die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten.⁴ Tatsächlich korrespondierte Erhard mit ihm und lud ihn, wie auch die Frau des ersten Bundespräsidenten, Elly Heuss-Knapp, Anfang der 30er Jahre gelegentlich als Referenten für sein Institut ein. Für die Behauptung, er habe seine Denkschrift *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung* 1943 Goerdeler persönlich übergeben, sie gar für den Widerstand verfasst, gibt es bis heute, abgesehen von Erhards eigener Aussage, nicht den geringsten Beweis.

Sicher hingegen ist, dass die Reichsgruppe Industrie (RGI), die Erhards Institut finanzierte, die Denkschrift in Auftrag gegeben hat. Ihre Adressaten waren u.a. Friedrich Flick, Philipp F. Reemtsma, Fritz Jessen (Siemens), Oswald Rösler (Deutsche Bank), Heinrich Dinkelsbach (Vereinigte Stahlwerke), Carl Goetz (Dresdener Bank), Wilhelm Zangen (Mannesmann). Sie repräsentierten eine Gruppe der deutschen Industrie, die die Kriegs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten vorbehaltlos unterstützt und durch die Ausbeutung von Zwangarbeitern und Rüstungsaufträge traumhafte Gewinne erzielt hatte. Angesichts der drohenden militärischen Niederlage galt es nun Konzepte für die Nachkriegsplanung zu erstellen.

Wie die „Männer des 20. Juli 1944“ trieb auch diese Herren die Sorge vor „*revolutionären Erschütterungen wie 1918/19*“ und die damit verbundene Gefährdung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse um. Der Unterschied: Die einen meinten, man müsse dazu zunächst Hitler beseitigen, die anderen wollten wesentliche Teile des nationalsozialistischen Staatsapparates, der SS und die Spitzen der Konzerne und Banken einbeziehen.

Konsens zwischen Erhard und der SS – die Rettung des deutschen Kapitalismus

Erhard hatte seine Vorschläge zur Rettung des deutschen Kapitalismus wiederholt mit Otto Ohlendorf und dessen Referenten Karl Günter Weiss diskutiert. Ohlendorf, SS-Brigadeführer, war 1941 Chef der Einsatzgruppe D und bis 1945 Leiter des SD-Nachrichtendienstes Inland im Reichssicherheitshauptamt. Er war verantwortlich für die Bekämpfung der Opposition und kann damit kaum dem Widerstand zugerechnet werden. Im Oktober 1943 wurde er zum Stellvertreter des Staatssekretärs Franz Hayler im Reichswirtschaftsministerium ernannt und sollte sich besonders auf die Konzipierung und Koordination der Nachkriegsplanungen konzentrieren.⁵ „*An die Stelle des bürokratischen Lenkungsapparates müsse nach der Niederlage ein aktives und wagemutiges Unternehmertum*“ treten; mit dieser Auffassung Ohlendorfs wusste sich Erhard einig.⁶ 1951 wurde Ohlendorf von den Amerikanern wegen Mordes an 90.000 Ukrainern hingerichtet.

Ludolf Herbst beschrieb 1977 in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte“ das Verhältnis zwischen dem Massenmörder Ohlendorf und Ludwig Erhard: „*Es gab bei allen Unterschieden in den weltanschaulichen Voraussetzungen so viele Berührungspunkte, daß nicht nur eine Zusammenarbeit als möglich erschien, sondern eine ganze Reihe prinzipieller wirtschaftspolitischer Grundpositionen Erhards in das mit der Abteilung Ohlendorfs abgesprochene und somit als Bestandteil der koordinierten Planung des Reichswirtschaftsministerium anzusehende Planungsprogramm der Reichsgruppe Industrie, eingehen konnten.*“⁷

Erhards Biograf Volker Hentschel fasst zusammen: „*Ebenso nachdrücklich wie Erhard einer Verstaatlichung der Produktionsmittel widerriet, trat er für die Verstaatlichung der privaten Unternehmensschulden und für die öffentliche Finanzierung der privatwirtschaftlichen Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft ein. Der Staat solle zu den eigenen auch die kriegsbedingten Bankschulden der Industrie übernehmen und sie gemeinsam mit den eigenen Schulden konsolidieren. Denn die Industrie erfülle ja, sagt Erhard, im Krieg eine ihr „vom Staat im Auftrag des Volkes zugewiesene Funktion*“.⁸

Ein rücksichtsloser Karrierist und Opportunist

Der Sohn eines Fürther Textilkaufmannes hatte 1925 bei Franz Oppenheimer in Frankfurt promoviert. 1928 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das von Wilhelm Vershofen geleitete Nürnberger Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware eingetreten und wurde ab 1933 auch mit Geschäftsführungsaufgaben betraut. Im selben Jahr suchte er auch nach „angemessenem Wohnraum“. Er findet ihn – protegiert durch verwandtschaftliche Bande – als Mieter in einer Villa in Fürth Dambach, Forsthausstr. 49. Die jüdischen Besitzer Hans und Wilhelm Kohnstamm hatten sie 1932 an Erhards Schwager Dr. Wilhelm Kluth verkaufen müssen, um nach der Wirtschaftskrise Bankkredite zu tilgen.⁹

Erhard verfügte über enge Verbindungen zur Konsumgüterindustrie, zu den Organisationen des Groß- und Kleinhandels und hatte engen Kontakt zu Großindustriellen wie Philipp Reemtsma und Wilhelm Rudolf Mann, Vorstandsmitglied der IG-Farben AG. Besondere Beziehungen besaß Erhard zur Führungsspitze der Reichsgruppe Industrie. Karl Albrecht, der die Außenwirtschaftsabteilung der RGI leitete, war Mitherausgeber der Zeitschrift des Vershofen-Instituts. Der Hauptgeschäftsführer der RGI, Karl Guth, war Erhards Schwager.¹⁰

Noch 1932 hatte Erhard in der linksbürgerlichen Zeitschrift *Das Tagebuch* einen Beitrag Hjalmar Schachts¹¹, in dem dieser wesentliche Elemente der faschistischen Wirtschaftspolitik skizzierte, mit scharfer Polemik abgelehnt.¹² Aber bereits Anfang 1934 hatte er sich den neuen Verhältnissen angeschmiegt: In der Zeitschrift *Die Deutsche Fertigware* verkündete er: „*Die beja-*

*hende Einstellung zum neuen Staat und zur neuen Wirtschaft bedeutet hier mehr als ein Lippenbekenntnis“.*¹³

1937 übernahm Ludwig Erhard Aufträge von verschiedenen Zweigen der Reichsgruppe Industrie für branchenspezifische Preiskalkulationen. Im Folgejahr setzte Reichskommissar Josef Bürckel den 41jährigen Erhard für die Evaluierung des gesamten Rationalisierungs- und Einverleibungsprozesses in Österreich ein. Bürckel, zwischen 1939 und 1940 Gauleiter in Wien, war für die „geordnete“ Enteignung jüdischer Vermögen¹⁴ in Österreich und die Massendeportationen der Wiener Juden verantwortlich. Erhard war wohl sachverständig, weil das Institut in *arisiertem* Besitz residierte. 1939 vollzog das Institut zur Wirtschaftsbeobachtung – wie Nürnbergs Bürgermeister Eickemeyer lobte – „*einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Entjudung in der Stadt der Reichsparteitage*“, durch die Übernahme von drei Gebäuden aus jüdischem Besitz. Als Bürckel nach der Eroberung Frankreichs ab März 1941 zum Chef der Zivilverwaltung Lothringens aufstieg, ließ er sich wieder von Erhard beraten und verschaffte ihm einen Dauerauftrag zur Überwachung der Reorganisation und Germanisierung der gesamten lothringischen Wirtschaft.¹⁵ In der offiziellen Erhard-Biografie verharmlosend als „Betreuung“ bezeichnet, bestand Erhards Aufgabe in der reibungslosen Eingliederung dieser Industriebereiche in die deutsche Kriegswirtschaft.

Dass Erhards Professur an seiner Weigerung der deutschen Arbeitsfront beizutreten gescheitert und er deshalb als Mitarbeiter des „Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware“ in Nürnberg, einer Vorläuferin der GfK, entlassen worden sei, ist eine jener Legenden mit denen er nach 1945 seine Vita vernebelte. „*Erhard hat seine Habilitationsschrift nie eingereicht. Die Nazis hatten damit nichts zu tun[...]. Mit seinen Auslassungen zur „Krisenüberwindung“ die weniger erarbeitet als empfunden waren, [...] konnte er aus wissenschaftlichen Gründen nicht habilitiert werden*“.¹⁶ Seine Entlassung aus dem Vershofen-Institut war die Folge eines simplen Kompetenzstreits mit seinem Chef.

1942 verlässt Ludwig Erhard nach einem langwierigen Streit mit dem Direktor des Instituts und seinem Mentor Wilhelm Vershofen das Institut in Nürnberg.¹⁷

Mit Hilfe „*gestandener Männer der deutschen Wirtschaft*“, so Erhard, unter ihnen Wilhelm Zangen (Mannesmann - Generaldirektor und Leiter der RGI), Karl Blessing (Vorstandsmitglied der Kontinentalen Ölgesellschaft und Mitglied des „Freundeskreises Reichsführer SS“), und Schwager Karl Guth habe er nach seiner Entlassung dem Vershofen-Institut wieder Fuß gefasst. Die RGI eröffnete dem arbeitslosen Wissenschaftler nicht nur, wie Erhard in einem Exposé für Ohlendorf ausführte, „*durch mittelbare Unterstützung [...] die Möglichkeit zur Begründung des Instituts für Industrieforschung*. Sie stellte dem ebenfalls in Nürnberg errichteten Institut auch 150.000 RM jährlich zur Verfügung.

1939/1940 reichte Erhard beim Reichswirtschaftsministerium eine Denkschrift über binnenwirtschaftliche Probleme der Kriegswirtschaft ein und bereiste in den Folgejahren im Auftrag des RGI okkupierte Gebiete in Elsass-Lothringen und Polen, um Möglichkeiten der wirtschaftlichen Nutzung für die deutsche Kriegsindustrie zu eruieren. Erhard erstellte eine Reihe Gutachten, in denen er die Kriegswirtschaft der Nationalsozialisten rückhaltlos bejahte: „*Der totale Krieg erforderte die stärkste Konzentration aller Kräfte*“.¹⁸

Über seine Berichte war der Auftraggeber, die Haupttreuhandstelle Ost – die Institution, die die Enteignung des polnischen Vermögens organisierte – voll des Lobes. Erhard hatte linientreu die Polen als günstige Arbeitssklaven eingeschätzt: „*Der polnische Arbeiter hat sich ja als willig und fleißig erwiesen, wenn auch seine Leistung nicht an reichsdeutschen Maßstäben zu messen ist. Das ist der Ausfluss der Erziehung und rassisch bedingter Eigenschaften*“.¹⁹ Den Kontakt mit der „minderwertigen Rasse“ wollte er angemessen entschädigt wissen und fordert eine Gehaltserhöhung, denn er müsse „*in polnischen Quartieren schlafen oder in Wartesälen zwischen der polnischen Zivilbevölkerung übernachten, wodurch ein Schutz vor Infektionskrankheiten nicht gewährleistet ist*“.²⁰

Erhards Tätigkeiten von 1933 -1945:²¹

Dezember 1938	Wirtschaftsberater	Kommandostelle des Gauleiters Josef Bürckel für die Wiedervereinigung Österreichs und dem Deutschen Reich
Jahreswende 1939/40	„Beiträge zur Kriegswirtschaft“ (Denkschrift)	Reichswirtschaftsministerium
1940	Studie über die wirtschaftlichen Möglichkeiten der eroberten Ostgebiete für die Kriegsproduktion	Haupttreuhandstelle Ost
März 1941	Überwachung der Reorganisation und Germanisierung der lothringischen Wirtschaft	Josef Bürckel jetzt Chef der Zivilverwaltung Lothringens
Juli 1941	„Die Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes“, Vorbericht	Haupttreuhandstelle Ost
1942	Gründung des Nürnberger Institutes für Industrieforschung	Erhard befasst sich mit der Situation der Wirtschaft im Krieg und wird vor allem von Siemens finanziert.
1943	Auftrag des Reichskommissariats Ostland zur Überprüfung wirtschaftlicher Entscheidungen	Reichskommissariats Ostland und Reichsministerium für Bewaffnung und Munition
1943/ 44	Studie „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“	Reichsgruppe Industrie Auftraggeber der Studie war Dr. Guth
1.1.1945	„Der Staatshaushalt in der Volkswirtschaftlichen Bilanz“	Reichsgruppe Industrie

Nach 1945 – Protege der alten Nazikämpfer...

Nach einem kurzen Intermezzo als Verantwortlicher für die Fürther Wirtschaft setzte ihn die amerikanische Militärregierung am 28. September 1945 als Wirtschaftsminister der provisorischen bayerischen Regierung ein. Erhard selbst hatte sich sofort nach dem Einmarsch der US-Streitkräfte in Fürth am 19. April 1945 den neuen Herren angeboten. Das ging ohne Schwierigkeiten, da er trotz Unterstützung des Nazi-Systems kein Mitglied der NSDAP war. Dass er „eine amerikanische Entdeckung“ gewesen sei, ist falsch und gehört zu jenen Legenden, mit denen er sich später schmückte.²²

Nicht ohne Ironie kommentiert ein naher Verwandter, der Fürther Daniel Lotter, in seinem Tagebuch, die Metamorphose Erhards zum Demokraten der ersten Stunde: ...*Unklar ist mir auch, daß unser Verwandter Ludwig, der ja auch während der Nazizeit die Situation gut zu nutzen verstand, vor den Augen der jetzigen Machthaber Gnade gefunden hat..., und wir haben bisher nicht gewußt und nicht erkannt, welche Kraft in unserem früheren Nachbarskinde und jetzigen Vetter steckt....*²³

Eins der ersten Ziele von Ludwig Erhard als bayerischer Finanzminister war es, seinen ebenfalls von den Amerikanern eingesetzten Staatssekretär Georg Fischer (KPD)²⁴ aus dem Amt zu treiben. Mit dem neuen Ministerpräsidenten Hoegner (SPD) verband Erhard eine tiefe Abneigung gegen die Gewerkschaften. Gemeinsam sorgten sie dafür, dass im Wirtschaftsbeirat des Ministeriums, weniger Vertreter der Arbeitnehmerorganisation als jene der Unternehmer Stimmrecht besaßen. Die Gewerkschaften boykottierten daraufhin das Gremium.²⁵

Georg Fischer übergab dem Alliierten Kontrollrat in Berlin, Wilhelm Hoegner, Erhard und dem Gewerkschafter Gustav Schiefer eine Zusammenstellung von etwa dreißig im Wirtschaftsministerium tätigen ehemaligen Nazis. „*Vom Blutordensträger des Hitlerputsches vom November*

1923 bis zum Rüstungsbeauftragten der Hitlerschen Kriegswirtschaft war alles vertreten“, erinnert sich Fischer.²⁶ Nach den Ermittlungen wurden 13 Personen, unter ihnen 10 leitende Beamte, sofort entlassen. Gegen 41 weitere wurden Verfahren aufgrund des „Gesetzes Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946 eingeleitet. Von mehreren Zeugen wurde ausgesagt, dass im Ministerium offene Stellen für Nazis freigehalten wurden und Erhard die Anweisung gab, deren Entlassung als Versetzung oder Pensionierung zu interpretieren.²⁷ *„Die Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen das Wirtschaftsministerium erhoben wurden und unter anderem zu einer lebhaften Kontroverse zwischen dem früheren Wirtschaftsminister Dr. Ludwig Erhard und der Presse geführt hatten, haben sich als berechtigt erwiesen. Es war ein offenes Geheimnis, dass in den Räumen der Prinzregentenstraße [...] ein rückschrittlicher Geist herrschte, der von verschiedenen Personen in leitender Stellung gefördert wurde.“*²⁸

Auf Antrag der SPD, veranlasst durch massive öffentliche Proteste, wurde am 31. Januar 1947 eine Untersuchungskommission eingesetzt. Sie sollte Korruptionsfälle in Erhards Ministerium überprüfen. Sie kommt zu einem vernichtenden Ergebnis: Zu den Korruptionsvorwürfen und Schiebereien in Erhards Ministerium äußert Dr. Alois Schlögel (CSU) im Landtag: *„Erhard hat in der Bayerischen Wirtschaftsverwaltung ein Chaos hinterlassen, in dem Milliardenwerte von Rüstungs- und Wehrmachtsgütern untergegangen sind. [...] Seine Eignung als Minister ist gleich Null.“*²⁹

Bei den Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 errang die CSU die absolute Mehrheit. Für Erhard ein Glücksfall, der ihn die peinliche Entlassung ersparte, da jetzt die Regierung ohne ihn neu gebildet wurde. Sein Nachfolger Rudolf Zorn beklagte, Erhard sei das Opfer eines ausufernden Denunziantentums geworden, eine Interpretation, die von der späteren Geschichtsschreibung oft ungeprüft übernommen wurde.³⁰

Doch Erhard sollte bald entschädigt werden. Einen Tag, nachdem er im Rundfunk seine Kritiker als *„Verleumder, Ehrabschneider und Pharisäer“* bezeichnet hatte, wurde er am 7. November 1947 vom Kultusminister Alois Hundhammer zum Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität München ernannt. Auch hier hatte der Opportunist vorgesorgt: Schon während seiner Fürther Zeit hatte er Kontakt zum Kreis um den Nationalökonom Adolf Weber aufgenommen. Weber, seit 1921 Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaft an der Münchner Universität, hatte die Nazi-Herrschaft problemlos überstanden und galt als konservativer und antikommunistischer Verfechter der *„freien Marktwirtschaft“*.

Am 2. März 1948 wurde Erhard zum Direktor der bizonalen Wirtschaftsverwaltung gewählt. Es war kein Zufall, dass er sich dort mit Dr. Prentzel³¹, ein ehemals führender IG Farben-Vertreter, 1948 als Leiter der *„Verwaltung Wirtschaft“* in der Bizone wiederfand und beide die Entflechtung der IG Farben-Industrie im Interesse der deutschen Chemiekonzerne in Angriff nahmen. Nach alliierten Gesetzen waren Kriegsverbrecher für die Besetzung solcher Posten grundsätzlich auszuschließen, doch Erhard, verantwortlich für Entscheidungen in Personalfragen, wiegelte ab: *„bei vielen Deutschen (sei) eine innere Wandlung erfolgt. Im Himmel sei mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 1000 Gerechte“*.³² Seinem Fürther Freund, dem NSDAP-Stadtrat und Arisierer Gustav Schickedanz, stellte er schon im Juni 1946 einen der begehrten Persilscheine aus: *„Ohne die Entscheidung des Spruchkammerausschusses auch nur im geringsten beeinflussen zu wollen, stellt sich mir Herr Schickedanz als ein typischer Mitläufer dar, der aber in jeder Phase der Entwicklung dem System innerlich widerstrebt“*.³³

Erhard ernannte 1949 Ernst Kutscher zu seinem persönlichen Referenten. Alle Vorwürfe Kutscher sei ein hoch belasteter Nazi-Täter wies Erhard mit der Begründung zurück, dieser sei ja von der Spruchkammer entlastet worden. Ernst Kutscher (NSDAP Mitglied seit dem 1. Mai 1933) hatte am 3. und 4. April 1944 auf der Tagung der Judenreferenten in Krummhübel, zum Thema *„Die Propagandathesen im Rahmen der antijüdischen Auslandsaktion“* gesprochen. Seine Leitsätze *„Die Juden sind die Urheber des Krieges. Sie haben die Völker in den Krieg hineingetrieben, weil sie an ihm interessiert sind. – Die Juden sind das Unglück aller Völker. – Ein jüdi-*

scher Sieg würde das Ende jeder Kultur sein (Beispiel Sowjet-Union). – Kämpft Deutschland gegen den Juden, so tut es das nicht nur für sich, sondern für die ganze europäische Kultur. “ Aufgrund seiner Tätigkeit bei den Nationalsozialisten war Kutscher vom Frankfurter Wirtschaftsrat schon 1947 seines Postens enthoben worden.³⁴

Nicht anders verfuhr Erhard im Fall des ehemaligen Oberscharführers der SA, Friedrich Louis. Gegen die Bedenken des Bundesinnenministeriums wurde Louis Ministerialrat im Wirtschaftsministerium. Es handle sich um „hochqualifizierte Fachkräfte“ und man müsse „der allseits erstrebten endlichen Beendigung der Entnazifizierung“ Nachdruck verleihen, notierte Erhard 1951.³⁵

Im Winter 1949/50 wurde Dr. Ludger Westrik Erhards Staatssekretär. Wieder ein alter Bekannter aus dem Arbeitskreis der Reichsgruppe Industrie: Von 1933 bis 1945 Wehrwirtschaftsführer und Generaldirektor der Vereinigten Aluminium Werke AG (VAW), wurden unter seiner Leitung Zwangsarbeiter mit einer selbst für die damalige Zeit unglaublichen Rücksichtslosigkeit und Brutalität ausgebeutet. Unter ihnen Kinder unter 13 und alte Menschen über 60 Jahren. Westrick 1941: „Solange die Kriegsfanfaren dröhnen, hat die deutsche Leichtmetallindustrie nur ein Ziel[...] Deutschlands Endsieg!“ Bis 1966 blieb er im Amt. Zuletzt als Staatssekretär in Erhards Bundeskanzleramt und Bundesminister für besondere Aufgaben.

„Wir haben uns doch ganz schön von Katastrophe zu Katastrophe heraufgerappelt“, kommentierte der „Volkskanzler“ während seiner Amtszeit von 1963 bis 1966 jeden Hinweis auf deutsche Kriegsschuld und Nazi-Verbrechen und fand damit die Zustimmung der meisten Landsleute.

Auf eine Anfrage der *Linken* zitiert die Bundesregierung 2011 aus der Habilitationsschrift von Bernhard Löffler³⁶ aus der hervorgeht, dass von 204 Spitzenbeamten in Erhards Wirtschaftsministerium von 1949 bis 1962 mehr als die Hälfte eine NS-Vergangenheit hatten. Vier von ihnen waren bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP, 29 Prozent seit März 1933 und 20 Prozent seit 1937. Sie waren im Dritten Reich NS-Rotten-, bzw. Scharführer, SA-Obersturmführer und SA-Sturmbannführer, vier gehörten der Reiter-SS an und sieben der allgemeinen SS, ein weiterer war SS-Rottenführer. „Ihre beruflichen Karrieren begannen und festigten über 60 Prozent der untersuchten Ministerialbeamten (von den Abteilungs- und Unterabteilungsleitern sogar fast 85 Prozent) in den Reichsministerien oder anderen öffentlich rechtlichen Dienststellen vor 1945, etwa ein Fünftel davon (von den Abteilungs- und Unterabteilungsleitern 45 Prozent) war bereits vor 1933 eingestellt worden.“³⁷

...und Bremser bei Rückerstattungen geraubten jüdischen Vermögens

Am 19. April 1949 stellte Philip Rosenthal nach jahrelanger Verschleppung seiner Ansprüche bei der amerikanischen Militärregierung und dem Bayerischen Amt für Vermögenskontrolle den Antrag, die Vorstandsmitglieder seines von den Nazis geraubten Unternehmens Dr. Albert, und Dr. Zöllner (CSU) sowie die Aufsichtsräte Dr. Krämer³⁸ und Freiherr von der Tann zu entlassen. „Den letzten Anschlag in diese Richtung dürften Hinweise gegeben haben, nach denen sich bestimmte Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder noch bis 1948 mit überzogenen Vergütungen und Dividenden versorgt hatten und nun versuchten, Aktienvermögen in die französische Zone zu verschieben, um sie dadurch dem Zugriff der amerikanischen Militärregierung zu entziehen. Gleichzeitig zahlte man an den Anwalt der Firma eine Vergütung von 10.000 DM und stellte diesem 90.000 DM für einen Hausbau zur Verfügung.“³⁹

Vergeblich versuchte der bayerische Wirtschaftsminister Hans Seidel, die Militärregierung daran zu hindern, dem Antrag Rosenthals statt zu geben. Jetzt trat Ludwig Erhard auf den Plan: In einem Brief an das Office of the Military Government for Germany (US) (OMGUS) in Berlin, forderte er, die Entscheidung rückgängig zu machen. Die Rosenthals, so Erhard, hätten durch ihre Anträge große Unsicherheit in die deutsche Wirtschaft gebracht. An der Seriosität des jetzigen Aufsichtsrats habe er keinen Zweifel. Er verschwieg, dass er seit 1947 einen Beratervertrag

für die AG in der Tasche hatte und dafür mit 12.000 DM jährlich von den alten Kameraden honoriert wurde. Das ließ die Militärregierung erheblich an Erhards Integrität zweifeln und sie stufte ihn als käuflich ein.⁴⁰

Der „Vater der D-Mark“ war bei ihrer Zeugung gar nicht anwesend...

Hartnäckig hält sich auch die Legende, Erhard habe mit der Erfindung der D-Mark und der Aufhebung der Preiskontrolle gegen den Willen der Militärverwaltung der Amerikaner, die Deutschen zu Wohlstand und Freiheit geführt. Von ihm stammt nicht einmal der Name der neuen Währung.

Richtig ist, im Oktober 1947 wurde Erhard Vorsitzender der „Sonderstelle für Geld und Kredit“, in Bad Homburg. Sie unterstand den Militärbehörden und legte im Februar 1948 einen ersten Entwurf für ein Währungsgesetz vor. Der Organisator der Währungsreform war allerdings der 27 Jahre alte amerikanische Leutnant Edward Tenenbaum. Nicht zuletzt seine Doktorarbeit mit dem Titel „Nationalsozialismus gegen internationalen Kapitalismus“ hatte ihn für seine Aufgabe qualifiziert.

Im November 1947 traf sich Tenenbaum mit Erhard und seinen Mitarbeitern zu einem Gespräch über die anstehende Währungsreform. Erhard stimmte zu, gab allerdings zu verstehen, dass die Ausarbeitung der Details den Deutschen zu überlassen sei. Darin sollte er sich allerdings gründlich irren. Der unter seiner Ägide 1947/48 ausgearbeitete Homburger Plan, der offizielle deutsche Währungsreformplan, wurde von den Alliierten nahezu vollständig übergangen. Erhard legte Anfang März 1948 den Vorsitz der Kommission nieder.

Die deutschen Experten, die sich ohne Erhard von April bis Juni 1948 im „Konklave von Rohwesten“ an der organisatorischen und technischen Durchführung der Währungsreform für Westdeutschland beteiligten, glaubten anfänglich, deren inhaltliche Bestimmungen im Sinne des Homburger Plans beeinflussen zu können. Groß war deshalb die Ernüchterung auf deutscher Seite, als Tenenbaum einen zwischen den Alliierten ausgehandelten Entwurf zur Währungsreform sowie der entsprechenden Gesetze vorlegte, nach denen die Arbeiten zu gestalten waren.⁴¹ „*Erhard erfuhr*“, so der heutige Leiter des Museums „Währungsreform“, Bernd Niesel, „*vermutlich wie jeder andere Deutsche von der Einführung der DM durch den Rundfunk.*“

Das hinderte Erhard allerdings nicht daran, sich selbst, den Orden des Vaters der DM an die Brust zu heften. Mit dem sicheren Gespür eines durchtriebenen Abstaubers, das ihm schon bei seiner Karriere unter den Nazis geholfen hatte, begrüßte er als erster Politiker die neue Währung in einer Rundfunkansprache, ohne mit einem Wort zu erwähnen, wie und durch wen sie zustande gekommen war.⁴²

Die von Erhard angeblich gegen den Willen der Amerikaner aufgehobene Preiskontrolle kommentiert der ehemalige CIA-Mitarbeiter in der Wirtschaftsverwaltung der Militärregierung, Peter Sichel: „*Erhard hätte ohne die Zustimmung der Amerikaner gar nichts durchsetzen können. Seine Rolle bei der Währungsreform war allenfalls zweitrangig.*“

...und ein erklärter Feind der Gewerkschaften und Intellektuellen

Als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft startete Erhard ab März 1948 seine wirtschaftsliberale Offensive. „*Nichts ist in der Regel unsozialer als der sogenannte Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuelle Leistung absinken läßt*“, war sein Credo für eine ungebremste Marktwirtschaft.

Die Preise steigen, die Verbrauchsteuern werden erhöht. Erhards Politik diente allein dem Ziel, die Kapitalbildung der Unternehmen zu fördern. Darin sah er den Königsweg zu dynamischem Wirtschaftswachstum. Die Kaufkraft der Bevölkerung wurde rasch abgeschöpft. „*Das ist das praktische Resultat Ihrer Politik, dass Sie die Menschen zur Verzweiflung treiben durch das, was Sie Freiheit nennen*“, begründete der SPD-Abgeordnete Erwin Schoettle im Wirtschaftsrat den Antrag seiner Fraktion, Erhard aus dem Amt zu entlassen. Geschäftsboykotts und Massenkund-

gebungen erschütterten die Westzonen. Erhard jedoch weist die Kritik als „*hysterisches Gekeife der Kollektivistinnen aller Sorten*“ zurück. Daraufhin riefen die Gewerkschaften am 12. November 1948 zum bisher einzigen Generalstreik in der Bundesrepublik auf. Das Ziel: Schluss mit der Preistreiberei, Sturz des „Wirtschaftsdiktators“.⁴³

Am 21.3.1962 verkündete Erhard seinen „Appell zum Maßhalten“ mit einer Rundfunkansprache. Er warnte vor einer angeblich aggressiven Lohnpolitik, die ein unverkennbares Dahinschwinden der internationalen Wettbewerbskraft unserer Wirtschaft zur Folge habe. Das hatte er unter dem Beifall seiner christdemokratisch-christsozialen Parteigänger schon eine Woche vorher im Bundestag behauptet. Die Stoßrichtung war klar: Es ging gegen die Gewerkschaften, gegen deren, wie der Wirtschaftsminister es sah, Machtgelüste. Gleichzeitig initiierte er das Berlinhilfegesetz, das Spekulanten durch Sonderabschreibungen traumhafte Gewinne bescherte.

Sein gestörtes Verhältnis zu Intellektuellen aus dem linken Lager belegen Erhards berüchtigte Schimpfkanonaden mit denen er 1965 die Literaten, die zur Wahl der SPD aufgerufen hatten, verunglimpfte: „*Es gibt einen Intellektualismus, der kippt um in Idiotie.*“ Rolf Hochhuth, der in seinem Theaterstück *Der Stellvertreter* die Kumpanei zwischen Vatikan und Nazis thematisiert hatte, fertigte er rüde mit „*Da hört der Dichter auf, da fängt der ganz kleine Pinscher an*“, ab.⁴⁴

Der Historiker Karl Heinz Roth kam schon 1995, nachdem er neu aufgefundene Schriften Erhards ausgewertet hatte, zu dem Ergebnis: „*Der Erhard-Mythos ist ein Gemisch aus Verdrängung, Verschweigen, Schutzbehauptungen und Halbwahrheiten [...] Sie[die aufgefundenen Dokumente] verweisen auf einen Ökonomen, der die Kriegswirtschaft der NS-Diktatur rückhaltlos bejahte und es sich zur Aufgabe machte, ihre Strukturen binnenwirtschaftlich und annexionspolitisch zu effektivieren.*“⁴⁵

¹ Fürther Nachrichten vom 4. März 2013

² Karlheinz Roth, „Das Ende eines Mythos...“ in 1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts⁷ Ausgabe 4/ 95 S. 55

³ Karl Karlheinz Roth: „a.o.a.O. S. 54

⁴ Goerdeler hatte sich schon in der Novemberrevolution als Freikorpsoffizier beim Abschlagen der Berliner Arbeiter „bewährt“. Hannah Arendt konstatiert ihm und insbesondere seinen Gedanken zur Judenfrage „gewisse Übereinstimmungen“ mit Adolf Eichmann (vgl. Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem*. München/Zürich 2011, S.191.)

⁵ Schuhmann, Wolfgang: „Politische Aspekte der Nachkriegsplanung des faschistischen deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges“ in ZfG 1978 S.394 ff.

⁶ Andrej Angrick: *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941-1943*. Hamburger Edition, Hamburg 2003, S. 181.

⁷ Ludolf, Herbst, „Krisenüberwindung und Wirtschaftsordnung –Ludwig Erhard Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des zweiten Weltkrieges“ in vFz 3/1977 Seite 305 ff.

⁸ Volker Hentschel: Ludwig Erhard ein Politikerleben, München 1996.

⁹ Kohnstamm Pieter; Schwarz, Helmut, „Mut zum Leben“, Eine Familie auf der Flucht in die Freiheit, Würzburg, 2016, S. 234

¹⁰ Michael Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Essen 1993,; S. 155-159.

¹¹ Hjalmar Schacht, „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik“. Schacht war 1933 Reichsbankpräsident und 1934 - 1937 Wirtschaftsminister der Nationalsozialisten

¹² Mühle, Dieter: Ludwig Erhard. Berlin 1965, S.23.

¹³ Mühle, Dieter, a.o.a.O. S.37

¹⁴ Nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten war es in Österreich zu Raubzügen auf jüdischen Besitz gekommen. Die NSDAP beauftragte Bürckel „gesetzliche Formen“ des Raubes einzuführen. Viele dieser Methoden wurden später im Reichsgebiet angewendet. Bürckel unterstützte bereits 1939 Adolf Eichmann bei der Durchführung der ersten Massendeportationen. Am 22. Oktober 1940 ließ er in der Wagner-Bürckel-Aktion über 6000 Juden aus Baden und der Saarpfalz in Konzentrationslager deportieren u.a. in das Camp de Gurs. Von den Deportierten kamen viele bereits in den ersten Wochen infolge der Strapazen durch Hunger, Kälte und Nässe um.

¹⁵ Nach Otto Köhler „Wie Ludwig Erhard im Januar 1945 zusammen mit dem später gehängten SS-Einsatzgruppenführer Otto Ohlendorf die Soziale Marktwirtschaft erfand“ in *Junge Welt* 19.9.2009

¹⁶ Volker Hentschel: a.o.a.O. S. 22.

- ¹⁷ Ludwig Erhard am 10.4.1963 im ZDF s.a. Ludolf Herbst Krisenüberwindung und Wirtschaftsförderung in VFZ 3/1977 S. 322.
- ¹⁸ Ludwig Erhard „Beiträge zur Kriegswirtschaft“ 1939/1940, in Karl Karlheinz Roth: „Das Ende eines Mythos...“ 4/95 S.64.
- ¹⁹ Ludwig Erhard, „Die Wirtschaft des neuen deutschen Ostraums, Juli 1941 zit. nach Christian Gerlach „Ludwig Erhard und die „Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes“, in „Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Nr. 13 Berlin 1997 S. 254.
- ²⁰ Brief Erhards an Eickemeyer vom 14.5.1941, Stadtarchiv Nürnberg C 18/II zit. nach Gerlach a.o.a.O. S. 249.
- ²¹ Christian Gerlach a.o.a.O. S. 241 ff.
- ²² Laitenberger, Volkhard, Ludwig Erhard- der Nationalökonom als Politiker, Göttingen 1986, S. 44.
- ²³ Herbert Jungkunz (Hrsg.) „Das Tagebuch des Daniel Lotter 1934-1946, Fürth o. J.
- ²⁴ Georg Fischer (KPD), ab 17. Januar 1946 Staatssekretär im Wirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard, Am 15. Juni 1946 wurde er wegen „des illegalen Grenzübertritts in die sowjetische Besatzungszone“ von der Besatzungsbehörde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt und am 17. Juni entlassen. Fischer hatte mit anderen Parteimitgliedern an einer KPD Konferenz in Berlin teilgenommen.
- ²⁵ Mühle, Dieter: a.o.a.O. S.79
- ²⁶ Georg Fischer, Vom aufrechten Gang eines Sozialisten. Ein Parteiarbeiter erzählt, Berlin/Bonn 1979.
- ²⁷ SOPADE Informationsdienst (Hrsg. SPD Parteivorstand) vom 27. 2.1947 Denkschrift Nr. 7 „Das bayerische Wirtschaftsministerium unter Dr. Erhard“, zit. in Mühle a.o.a.O. S. 175.
- ²⁸ „Die neue Zeitung“ München 6. Januar 1947.
- ²⁹ Bernd Engelmann: „Wie wir wurden, was wir sind“ München 1982 S. 167 f.
- ³⁰ u.a. in Laitenberger, Volkhard, a.o.a.O. S. 52 f.
- ³¹ Prentzel, Felix Alexander: Ab1941 durch Vermittlung des Wirtschaftsministeriums als Militärverwaltungsoberrat im Wirtschaftsstab Ost des Oberkommandos der Wehrmacht. Er war zuständig für die Ausbeutung der besetzten Gebiete der Sowjet-Union P. organisierte hier u. a. große Kohletransporte. Später wurde er in die Zentrale des Feldwirtschaftsamtes nach Berlin zum Leiter der Industrieabteilung im Rang eines Obersten berufen. Wolf, Mechthild, „Prentzel, Felix Alexander“, in: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), S. 699 f.
- ³² Janis Schmelzer: „Des Mörderkonzerns williger Helfer - Ludwig Erhard und die IG FARBEN“ in <http://www.cbgnetwork.org/818.html> 03/2004.
- ³³ Vgl. Eckart Dietzfelbinger: „Warum braune Flecken kein Makel bleiben: Anmerkungen zum Fall Gustav Schickedanz“, in: Transit 2 (2008), S. 31 – 37.
- ³⁴ Bernhard Löffler: Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das BMWi unter Ludwig Erhard, Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 162, Stuttgart 2002, S. 205 s. a. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik, München 1999, S. 321 und Eckart Conze, Norbert Frei, u.a.(Hrsg.), Das Amt und die Vergangenheit, München 2010, S. 575 ff.
- ³⁵ Bernhard Löffler: a.o.a.O.
- ³⁶ Bernhard Löffler, a.o.a.O. S. 173 ff.
- ³⁷ Bernhard Löffler, a.o.a.O. S. 578.
- ³⁸ Dr. Krämer, Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypotheken und Wechselbank wurde am 14.8.1933 in den Aufsichtsrat der Rosenthal AG und war der Hauptdrahtzieher der Arisierung des Unternehmens. Die Unternehmensleitung bestand auch nach 1945 aus den gleichen Personen, die sich in den 30er Jahren das Unternehmen angeeignet hatte (s. a. Lillteicher, „Die Rückerstattung... S. 119 ff) .
- ³⁹ Lillteicher, Jürgen; „ Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg“, 2002 S. 124.
- ⁴⁰ Zitiert nach Lillteicher a. o. a. O Seite 125 f.
- ⁴¹ Jüdische Allgemeine vom 19.6 2008.
- ⁴² „Unser Wirtschaftwunder – die wahre Geschichte“, Film von Christoph Weber ARD 15.07.2013.
- ⁴³ Handelsblatt, 25.06.06 „Der Tag X“.
- ⁴⁴ Georg M. Haffner (Hrsg.) „Die Skandale der Republik“ Hamburg 1994 S. 87.
- ⁴⁵ Karl Karlheinz Roth: „Das Ende eines Mythos...“, in1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts’ Ausgabe 4/95 S. 55 und 61.